

Heise, Arne

Working Paper

Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne Alternativen: Zur Notwendigkeit einer pluralen Ökonomik

ZÖSS Discussion Paper, No. 60

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Centre for Economic and Sociological Studies (CESS/ZÖSS)

Suggested Citation: Heise, Arne (2017) : Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne Alternativen: Zur
Notwendigkeit einer pluralen Ökonomik, ZÖSS Discussion Paper, No. 60, Universität Hamburg,
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Hamburg

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/162067>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Arne Heise

**Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne
Alternativen.
Zur Notwendigkeit einer pluralen
Ökonomik**

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers
ISSN 1868-4947/60
Discussion Papers
Hamburg 2017

Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne Alternativen. Zur Notwendigkeit einer pluralen Ökonomik

Arne Heise

Discussion Paper
ISSN 1868-4947/60
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
Mai 2017

Impressum:

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de
Fachbereich Sozialökonomie
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:
<https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/heise/zoess/publikationen/zoess-discussion-papers.html>

Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne Alternativen. Zur Notwendigkeit einer pluralen Ökonomik¹

1. Einleitung

Als die Universität Bremen im Jahr 1971 gegründet wurde, befand sich die Bundesrepublik im Umbruch: Unter Willy Brandt hatte erstmals in der Nachkriegszeit eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Geschäfte übernommen und versprach, ‚mehr Demokratie zu wagen‘. Mit Karl Schiller fand der Keynesianismus endlich und gegenüber anderen Ländern wie den USA oder Großbritannien etwas verspätet (vgl. Heise 2008) auch seinen Weg in die deutsche Wirtschaftspolitik. Die Studentenbewegung verlangte nicht nur einen quantitativen Ausbau, sondern eine radikale Umgestaltung des deutschen Hochschulsystems: Die Hochschule sollte für breite Bevölkerungskreise geöffnet, die innere Organisation demokratisiert und die Lehr- und Forschungsinhalte auf gesellschaftliche Relevanz und kritische Gesellschaftsanalyse konzentriert werden.

Brandts Aufruf war auf wirtschaftliche Mitbestimmung und größere Bildungschancengleichheit bezogen, Schillers ‚Keynesianismus‘ fand seinen Ausdruck im noch heute gültigen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1966 und die Forderungen der Studentenbewegung mündeten in eine beispiellose Gründungswelle von Universitäten in den Jahren zwischen 1960 und 1980, in denen sich die Zahl der Studierenden entgegen der Prognosen des Wissenschaftsrates nicht verdoppelten, sondern vervierfachten. Die Forderung nach Organisationsdemokratie fand seinen Ausdruck in der in einigen Bundesländern kurzzeitig eingeführten ‚Drittelparität‘ in den Entscheidungsgremien der Universitäten, die durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts allerdings schon 1973 als verfassungsinconform wieder kassiert wurde. Und der Ruf nach einer Reform der Lehr- und Forschungsinhalte führte immerhin zu einer deutlichen Differenzierung verschiedener Hochschultypen: Neben die offizielle Trennung zwischen Universitäten und die ebenfalls in dieser Zeit neugegründeten Fachhochschulen trat die inoffizielle Unterscheidung zwischen traditionellen und Reformuniversitäten (Vgl. Heise/Sander/Thieme 2017: 27ff.). Letztere lassen sich noch einmal differenzieren nach jenen Universitäten, die ihren Reformauftrag wesentlich in einer sozialen Öffnung und stärkerem Praxisbezug der Ausbildung sahen – dies waren insbesondere die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen und Hessen – und jenen Universitäten, die eine klare gesellschaftspolitische Orientierung im Sinne einer ‚kritischen Universität‘ verfolgten² – dies waren die Universität Bremen und die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg.

Die Differenzierung der Universitätstypen berührte deren Wissenschaftsverständnis – in der traditionellen Universität wurde der Anspruch der hehren Neutralität der Wissenschaft hochgehalten, an den insgesamt doch recht wenigen Reformuniversitäten hingegen sollte sich die Wissenschaft in den Dienst aller Gesellschaftsmitglieder stellen und insbesondere den Blick der Wissenschaft auf bis dahin weitgehend ignorierte Interessen z.B. der abhängig Beschäftigten oder der sozial Unterprivilegierten richten. Da veränderte Orientierungen gerade an einer Universität auch personell unterfüttert werden müssen, änderte sich die Berufungs- bzw. Rekrutierungsstrategie an den Reformuniversitäten gegenüber den

¹ Vortrag verfasst für die wissenschaftliche Konferenz zum 75. Geburtstag von Rudolf Hickel

‚Herausforderungen für Politik und ökonomische Wissenschaft im 21. Jahrhundert‘ am 04. Mai 2017 in Bremen.

² Vgl. von der Vring (1970).

traditionellen Universitäten dahingehend, dass auch Wissenschaftler jenseits der dominierenden Paradigmen und Denkschulen eine Berufungschance bekamen (vgl. Heise/Sander/Thieme 2017: 76ff.).

Der universitäre Reformimpuls wurde insbesondere auch von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften getragen und mündete in den Slogan ‚Marx an die Uni‘. Für die Wirtschaftswissenschaften, denen die bekannte Keynes-Mitstreiterin Joan Robinson nach der Professionalisierungsphase der 1950er und 1960er Jahre gerade die ‚2te Krise‘ attestiert hatte (Robinson 1972), schien mit der Renaissance der klassischen und marxistischen Politischen Ökonomie nach der Veröffentlichung von Piero Sraffas ‚Warenproduktion mittels Waren‘ im Jahr 1960 und der sich intensivierenden Debatte über ‚what Keynes meant‘, ‚what Keynes really meant‘ in Anlehnung an die zur damaligen Zeit vieldiskutierte Wissenschaftstheorie von Thomas S. Kuhn eine wissenschaftliche Revolution vor der Tür zu stehen, jedenfalls aber eine Zeit zunehmender Pluralität wirtschaftswissenschaftlicher Ansätze zu erwarten sein. Dies erfüllte sich allerdings nur teilweise: Statt einer breiten erlebte die Wirtschaftswissenschaft an den deutschen Universitäten zunächst nur eine regional sehr ungleichmäßige und vom Ausmaß eher geringe Pluralisierung. Während es an den traditionellen Universitäten entweder des Zufalls oder des kurzzeitig starken Einflusses von Studierenden und insbesondere Assistenten im Rahmen der Drittelparität bedurfte (wie z.B. an der FU Berlin oder der U Frankfurt), um heterodoxe Ökonomen – insbesondere Postkeynesianer, Neoricardianer, Linkskeynesianer und auch einige Marxisten – berufen zu können, waren die Chancen für heterodoxe Ökonomen an den Gesamthochschulen deutlich größer und an den beiden Reformuniversitäten mit gesellschaftspolitischer Orientierung stellten sie gar die Mehrheit. Insgesamt jedoch betrug der Anteil der heterodoxen Ökonomen am Gesamtbestand deutscher Ökonomen mit Professur niemals mehr als 10 Prozent (vgl. Heise/Sander/Thieme 2017: 88ff.).

2. Wirtschaftswissenschaften und Politikberatung

In diesem Umfeld wurde Rudolf Hickel zum 1. Januar 1972 zunächst auf eine Assistenzprofessur für Politische Ökonomie berufen, die später in eine ordentliche Professur umgewandelt wurde. Die Stellendenomination lässt seinen heterodoxen Ansatz vermuten, die besondere Orientierung der berufenden Reformuniversität Bremen lässt wenig Zweifel daran, dass Hickel seine wissenschaftliche Arbeit immer auch als Grundlage für kritische Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen und der Wirtschaftspolitik im Speziellen verstanden hat. Wenn man mit Keynes annimmt, dass Wirtschaftspolitiker „gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökomenen sind“ und „ihren wilden Irrsinn aus dem (zapfen), was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte“ (Keynes 1936: 323), lässt sich auf die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Beratung schließen und nachvollziehen, weshalb gerade die Wissenschaftler der Reformuniversitäten ihre wissenschaftliche Expertise auch in ein Beratungsangebot transferierten, welches sie der Gesellschaft bzw. jenen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stellen wollten, die sie strukturell benachteiligt sahen.

Wissenschaftliche Politikberatung, im Gegensatz zum Lobbying, adressiert Politik nicht, um Partikularinteressen zu vertreten, sondern um dem Gemeinwohl durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu dienen. Politik soll damit auf eine rationale Basis gestellt werden. Andererseits beinhaltet ‚Politik‘ notwendigerweise Handlungsoptionen, die sie von der reinen ‚Verwaltung‘ unterscheidet. Diese Handlungsoptionen wiederum ergeben sich aus der autonomen Entscheidung über Ziele bzw. Zielbündel, die demokratische Wahlen als dem

Gemeinwohl dienlich definieren müssen. Wissenschaft kann hier gleichermaßen argumentative Unterstützung gewisser normativer Ziele als gemeinwohlförderlich (z.B. Verteilungsziele) bieten, wie auch in der Darlegung von Handlungsprogrammen (Policy) und Instrumenteneinsätzen (Polity) zur Erreichung der Ziele.

2.1. Pluralismus als wissenschaftlicher Imperativ

Wenn Wissenschaft nun als Suche nach ‚Wahrheit‘ verstanden wird, müsste die wissenschaftliche Beratung, die sich aus der Wahrheitsfindung speist, als wertneutrale und in ihrer Beratungsleistung ganz singuläre und allgemeingültige Therapie erscheinen – oder, wie Keynes es erhoffte, der ökonomische Berater würde einem Zahnarzt gleich als demütiger und bescheidener Spezialist wahrgenommen werden (Keynes 1930: 332), der nur auf Grundlage seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse Probleme löst, wie Zahnärzte eben Zahnschmerzen behandeln. Obwohl Keynes kein Wissenschaftstheoretiker war, hätte er es besser wissen müssen: Aufgrund der Wesensmerkmale des Untersuchungsobjektes der Wirtschaftswissenschaft, ein ‚offenes‘, niemals vollständig analysierbares System zu sein, welches darüber hinaus nicht unter experimentellen Bedingungen untersucht werden kann, kann die Wahrheitssuche niemals zu einem singulären, allseits anerkannten Erklärungsansatz führen (vgl. Heise 2017: 24). Stattdessen müssen konkurrierende Realitätskonstruktionen akzeptiert werden, die durchaus miteinander unvereinbares Vermutungswissen schaffen, die allesamt solange Bestand haben dürfen, bis eine allzu offensichtliche empirische Widerlegung es nahelegt, sich von dem einen oder anderen Paradigma zu trennen. Die Wirtschaftswissenschaft ist also keine monistische Disziplin, die gesichertes Erklärungs- und Handlungswissen ermöglicht, sondern muss als plurale Disziplin – wie übrigens alle anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen auch - konstruiert und betrieben werden. Diese Pluralität als wissenschaftlicher Imperativ meint übrigens nicht lediglich eine Vielzahl von Theorien und Modellen, die verschiedene Aspekte des komplizierten Untersuchungsgegenstandes ‚Ökonomie‘ auf Grundlage unterschiedlicher Methoden oder Blickwinkel beleuchtet, sondern impliziert paradigmatische Pluralität, die auf ontologische und epistemologische Inkompatibilitäten und Inkommensurabilitäten basiert. Vereinfacht ausgedrückt umfasst eine echte Paradigmenpluralität also nicht nur Differenzierungen z. B. in den Annahmen über die Flexibilität des Preissystems wie sie der Gegensatz von Standard- oder Neoklassik einerseits und Neoklassik andererseits ausdrückt, sondern tatsächliche ontologische Alternativen oder, anders gewendet, opponierende präanalytische Visionen, die einem Mainstream bestehend aus zahlreichen theoretischen Varianten eine Heterodoxie bestehend aus einer oder mehreren Alternativen gegenüberstellt.

2.2. Interessenpluralität und wirtschaftspolitische Beratung

Plurale Gesellschaften benötigen ein Hochschulsystem, welches dieser Pluralität gerecht wird – dies war eine der Gründungsvorstellungen der Reformuniversität Bremen (vgl. von der Vring 1975: 19ff.). Gesellschaftliche Interessenpluralität ist zwar nicht mit wissenschaftlicher Paradigmenpluralität gleichzusetzen, aber eine plurale Ökonomie ermöglicht eher widerstreitenden Gesellschaftsinteressen akademische Ansprechpartner zu vermitteln als eine monistische Ökonomie. Es verwundert deshalb gar nicht, wenn sich gesellschaftliche Interessengruppen, die strukturelle Machtvorteile auf unregulierten Märkten genießen, an Theorieschulen wenden und von diesen beraten lassen, die die Selbstregulierungskräfte des Marktes postulieren. Genauso legitim ist es, dass sich aber auch jene Gesellschaftsgruppen, die das Machtgefälle unregulierter Märkte negativ zu spüren bekommen, an Theorieschulen wenden und deren Beratung in Anspruch nehmen möchten, die die Instabilität des

marktwirtschaftlichen Systems und dessen Interventions- und Stabilisierungsnotwendigkeit herausstellen (vgl. Brozus/Geden 2017: 240). Um also diesen unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden zu können, muss die grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit nicht nur dafür Sorge tragen, dass Wissenschaft ohne äußere Einflussnahmen betrieben werden kann, sie muss auch – jedenfalls an öffentlichen Universitäten – die notwendige Pluralität sicherstellen, die sich wissenschaftstheoretisch aus dem Untersuchungsgegenstand ergibt und die verhindert, dass Wissenschaft als elitär und einseitig wahrgenommen wird.

Die Wirtschaftswissenschaft in Deutschland in den 1960er Jahren war recht schlecht geeignet, den Anforderungen einer pluralen Gesellschaft zu entsprechen: Die universitäre Wirtschaftswissenschaft umfasste gerade einmal etwa 80 Professuren, die sich aus einigen verbliebenen Vertretern der so genannten historischen Schule, Ordoliberalen mit den regionalen Schwerpunkten an den Universitäten Köln und Freiburg und der modernen, zumeist in den USA geformten Ökonomik bestand, die gleichermaßen Vertreter der Gleichgewichtsökonomie wie des Standardkeynesianismus umfasste. Für die wirtschaftspolitische Beratung wichtiger aber waren die großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute insbesondere in Berlin (DIW), Kiel (IfW) und München (Ifo-Institut) sowie der 1963 gegründete Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Auch hier zeigte sich eine gewisse Vielfalt jener Ansätze, die den damaligen Mainstream ausmachten: Das DIW galt als keynesianisch orientiert und der Sozialdemokratie zuneigend, das IfW und das Ifo-Institut vertraten eher ordoliberales oder gleichgewichtsorientierte Theorien und wurden vornehmlich von konservativ-liberalen politischen Kräften nachgefragt (vgl. Gellner 1995: 165ff.). Und der SVR vereinte zumindest bis Mitte der 1970er Jahre diese Vielfalt, die mitnichten eine echte Pluralität war, durch die personelle Zusammensetzung der so genannten ‚5 Weisen‘ (vgl. Arnold 2010: 63ff.).

Die angesprochene geringfügige und recht ungleichmäßige Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten – in den 1960er bis 1980er Jahren wurden immerhin etwa 30 heterodoxe Professoren (darunter auch einige wenige Professorinnen) berufen (vgl. Heise/Sander/Thieme 2017: 53ff.) – spiegelte sich allerdings nicht in einer entsprechenden Öffnung der offiziellen, durch öffentliche Mittel geförderten wirtschaftspolitischen Beratung wieder: Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute prägten unter ihren Präsidenten Hans-Jürgen Krupp (DIW), Herbert Giersch (IfW) und Karl-Heinrich Oppenländer (Ifo-Institut) die bereits beschriebenen Orientierungen weiter aus, zeigten sich aber personell kritischeren Entwicklungen ebensowenig zugeneigt, wie der Sachverständigenrat. Letzterer nahm vielmehr seit Mitte der 1970er Jahre eine zunehmend einseitige Ausrichtung zugunsten der auch in der akademischen Wirtschaftswissenschaft dominanter werdenden angebotstheoretischen Lehre an (vgl. z.B. Meißner/Heise 1995: 67) – dies konnte auch nicht durch die spezielle Zusammensetzung des SVR, wo die Arbeitgeberverbände ebenso wie die Gewerkschaften ein inoffizielles Nominierungsrecht für jeweils ein Ratsmitglied haben, verhindert werden. Tatsächlich finden sich unter den 10 seit SVR-Gründung von den Gewerkschaften nominierten Ratsmitgliedern allenfalls 2, die als heterodoxe Ökonomen eingestuft werden können. Immerhin sind diese maßgeblich daran beteiligt, dass im Rahmen von so genannten Minderheitsvoten angedeutet werden konnte, dass es auch wirtschaftspolitische Alternativen geben mag (vgl. Potrafke 2013). Dass diese Minderheitsvoten kein Ersatz für eine umfassende Darstellung alternativer Konzeptionen sein kann, zeigt sich nicht nur an der zumeist sehr geringen medialen Reichweite solcher ‚abweichender Meinungen‘, sondern auch daran, dass ihre Intensität vollkommen von den individuellen Präferenzen und der Konfliktbereitschaft der Ratsmitglieder abhängig ist: Peter Bofinger und Hans-Jürgen Krupp beispielsweise äußerten ihre Kritik an der Mehrheitsposition durch regelmäßige Minderheitsvoten, andere Ratsmitglieder ‚auf

Gewerkschaftsticket‘ hingegen legten keine Widersprüche ein bzw. verließen den Rat zermürbt vorzeitig (vgl. Kampe 1983: 40ff.).

Insbesondere die Politikberatung durch den SVR, der den Anschein ‚neutraler wissenschaftlicher Beratung‘ erwecken soll und dies dennoch nicht leisten kann, und dessen zunehmende Einseitigkeit – als scheinbarer Ausdruck einer TINA-Position, die laut SVR-Gesetz ausdrücklich vermieden werden sollte -, war es, die Rudolf Hickel und andere kritische Wirtschaftswissenschaftler als ‚Meinungskartell‘ empfanden (vgl. Hickel 1980: 119) und ab 1975 mit der Gründung der ‚Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik‘ und der regelmäßigen Veröffentlichung von so genannten ‚Memoranden‘ dazu anregte, eine wirtschaftswissenschaftliche Gegenöffentlichkeit zu organisieren. Wie drängend dieser Impuls von den kritischen, heterodoxen Ökonomen zu der damaligen Zeit empfunden wurde zeigt sich auch daran, dass auch eine andere Gruppe um den Arbeitskreis Politische Ökonomie 1977 mit einem ‚Alternativgutachten‘ zum SVR-Jahresgutachten an die Öffentlichkeit ging (vgl. Baisch et al. 1977). Und die Tatsache, dass sich diese beiden heterodoxen Wissenschaftlergruppen nicht nur in Freundschaft verbunden fühlten und die vorgelegten wirtschaftspolitischen Alternativen durchaus miteinander konkurrierten (vgl. AS Sonderband 35), macht nochmal deutlicher, dass einseitige Politikempfehlungen nicht das Ergebnis einer notwendigerweise pluralen Wirtschaftswissenschaft sein können und dürfen, wenn deren Glaubwürdigkeit nicht als allzu interessenorientiert unterminiert werden soll.

3. De-Pluralisierung, das Pensée Unique und die Kraft wirtschaftspolitischer Mythen

Man könnte jetzt annehmen, mit der zunehmenden Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaft im Zuge der Gründungswelle von Reformuniversitäten hätte sich das Problem allzu einseitiger Politikberatung zunehmend erübrigt. Mitnichten und dies wird durch die Tatsache belegt, dass die ‚Memogruppe‘ auch nach über 40 Jahren weiterhin besteht und in jährlicher Regelmäßigkeit seine Gegengutachten veröffentlicht:

1. Die quantitativ geringe und regional sehr ungleichmäßige Pluralisierung der Wirtschaftswissenschaften an deutschen Universitäten hat langfristig nicht zu einer regionalen Ausweitung heterodoxer Ansätze in Richtung traditioneller Universitäten geführt, sondern durch institutionelle Anpassungen zu einer Marginalisierung der heterodoxen Ökonomik – dies wird besonders deutlich an den Entwicklungen an den beiden Hochburgen der Heterodoxie, dem FB Wirtschaftswissenschaften der Uni Bremen und der Hochschule für Wirtschaft und Politik (vgl. Heise/Sander/Thieme 2017: 53ff.): In Bremen lässt die personelle Entwicklung nach der Pensionierung der Gründergeneration den Schluss zu, dass von einer breiten, grundständigen VWL-Ausbildung im Rahmen des Studiengangs Wirtschaftswissenschaften nicht mehr gesprochen werden kann, in Hamburg ging mit der Integration der HWP als Fachbereich Sozialökonomie in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Hamburg deren heterodoxe Ausrichtung vollständig verloren.

2. Mit dem quantitativen Rückgang heterodoxer Lehrstühle und Professuren seit den 1990er Jahren geht die zunehmende Verengung wirtschaftstheoretischer Positionen und wirtschaftspolitischer Standpunkte einher, die an deutschen Universitäten vertreten werden (vgl. Frey/Humbert/Schneider 2007). Dies spürt auch die Memogruppe, in der kaum noch aktive Universitätsprofessoren mitarbeiten.

3. Performanzstudien (vgl. Heise et al. 2015) haben nicht nur die Netzwerke neoliberaler Wirtschaftswissenschaften offengelegt, sondern auch deren erdrückende mediale Präsenz

gemessen (vgl. auch das FAZ-Ökonomenranking) – in ihre Phalanx konnten nur Rudolf Hickel und Gustav Adolf Horn als heterodoxe Ökonomen einbrechen, allerdings auch nur auf hinteren Rangplätzen.

4. Schließlich sind heterodoxe Ökonomen nur in minimalem Umfang mit institutionellem und symbolischem Kapital – also herausgehobenen Positionen in mit Reputation versehenen Organisationen oder Institutionen wie z.B. Landeszentralbanken, dem SVR, den Wirtschaftsforschungsinstituten oder wissenschaftlichen Beiräten beim Bundesfinanz- oder –wirtschaftsministerium – ausgestattet worden, was durchaus Einfluss auf deren mangelnde mediale Präsenz hat(te).

Statt einer Verbreiterung der wirtschaftspolitischen Beratung auf Grundlage pluraler Wissenschaftsangebote müssen wir eher davon ausgehen, dass die von deutschen universitären Ökonomen vertretene theoretische Basis und wirtschaftspolitische Ausrichtung im Laufe der letzten 3 Dekaden deutlich enger geworden ist – es ist also so etwas wie ein ‚Pensée Unique‘ bezüglich wirtschaftspolitischer Konzeptionen entstanden, dass eine Reihe kaum hinterfragbarer Mythen wie dem notwendigen Vorrang für Preisstabilität, einem ausgeglichenen Haushalt als Leitlinie für ‚solides, nachhaltiges Finanzgebahren‘, welche sogar Eingang in das Grundgesetz gefunden hat, oder Privatisierungen öffentlicher Güter als Voraussetzung für Effizienz(steigerungen) hervorgebracht hat. Die Resilienz dieser Mythen – zweifellos ein Erfolg der gebetsmühlenartigen Wiederholungen des ‚Meinungskartells‘ – zeigt sich darin, dass sie – zumindest bis heute – auch die Anfechtungen überstanden haben, die die Verunsicherungen der jüngsten Weltfinanz- und Eurokrise mit sich brachte.

Je einseitiger aber die wirtschaftspolitische Beratung, je dominanter das Pensée Unique, desto feiner ist das Wahrnehmungsraster, das wirtschaftspolitische Politikangebote passieren müssen (vgl. Heise 2005) – oder anders ausgedrückt: je homogener die medial verbreitete Ausrichtung des wirtschaftswissenschaftlichen Expertentums, desto geringer ist die Chance, dass alternative Ansätze handlungsmächtig werden können. Die Wendung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik von einer makroökonomischen Steuerungslogik zu einer als ‚linke Angebotspolitik‘ erfolglos vermarkteten mikroökonomischen Allokationslogik im Zuge der Agenda-2010-Politik spiegelt diese ‚political constraints‘ wider und gipfelte in dem für Pluralisten unerträglichen Stehsatz des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder: ‚Es gibt keine linke oder recht Wirtschaftspolitik, es gibt nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik‘.

4. Fazit: Plurale Ökonomik als Voraussetzung für einen fairen wirtschaftspolitischen Diskurs

Plurale Gesellschaften benötigen alternative politische, vor allem auch wirtschaftspolitische Angebote, die den unterschiedlichen materiellen Anforderungen und Präferenzen an gesellschaftliche Zielsetzungen entsprechen. Derartige wirtschaftspolitische Alternativen wiederum lassen sich nur zur Verfügung stellen, wenn die wissenschaftliche Disziplin, die die grundlegenden Argumente der wirtschaftspolitischen Alternativen liefern muss, wenigstens alternative Annahmesetzungen und methodische Zugänge, besser aber noch alternative ontologische Heuristiken erlaubt. Alternative Annahmesetzungen und methodische Zugänge ermöglichen immerhin Variationen innerhalb eines Paradigmas, die durch ihre verschiedenen Blickwinkel und Zeithorizonte – hier z.B. gleichgewichtsorientiert, dort gerade am Ungleichgewicht interessiert, hier am langfristigen Allokationsziel ausgerichtet, dort auf das kurzfristige Stabilitätsziel konzentriert – durchaus Raum für wirtschaftspolitische

Kontroversen bieten. Alternative ontologische Heuristiken – z.B. der Ersatz der Vorstellung, dass das zentrale Konstituens kapitalistischer Ökonomien marktliche Interdependenzen sind, die grundsätzlich symmetrische Tauschbeziehungen abbilden, durch Vorstellungen von asymmetrischen Verpflichtungsbeziehungen oder Machtverhältnissen – schaffen erst die Grundlage für echte Alternativen sowohl auf der Ebene von kurzfristigen Handlungsprogrammen (Policy-Ebene), wie auch für weiterreichende Fragen der strukturellen und institutionellen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems.

Am Beispiel der Mindestlohns können diese Unterschiede verdeutlicht werden: Lässt man sich ontologisch darauf ein, unsere Marktwirtschaft als intertemporalen Tausch zu analysieren, in der der Arbeitsmarkt die intertemporalen Abwägungskalküle zwischen Einkommen, Freizeit und Produktivität widerspiegelt, ergibt sich zwangsläufig eine Allokationslogik, die den Reallohn zur zentralen Steuerungsvariablen werden lässt. Die Sorge des neoklassischen Mainstream-Ökonomen, z.B. in der Mehrheitsposition des SVR, dass ein gesetzlicher Mindestlohn negative Beschäftigungseffekte wahrscheinlich werden lässt, ist deshalb nachvollziehbar, weil modellimmanent zwingend (vgl. SVR 2013: 284ff.). Die neokeynesianische Argumentation, die gegenwärtig als Minderheitenposition im SVR vertreten ist und die die markt- bzw. tauschwirtschaftliche Ontologie des Mainstreams nicht in Frage stellt, muss deshalb auf empirische Evidenz verweisen oder besondere Annahmen machen – in diesem Fall über die Marktstruktur des Arbeitsmarktes –, um zu einer weniger kritischen Einschätzung zu den Beschäftigungswirkungen des Mindestlohnes zu kommen: So wird auf die Vielzahl von empirischen Studien verwiesen, die zu dem für die neoklassische Arbeitsmarkttheorie recht fatalen Ergebnis kommen, dass die Einführung von Mindestlöhnen keinen signifikant negativen Effekt auf die Beschäftigung hatte (vgl. SVR 2013: 289f.) und, als mögliche Erklärung, eine besondere Marktconstellation – den monopsonistischen Arbeitsmarkt – kreiert, in der tatsächlich ein moderater Mindestlohn nicht zu einer Beschäftigungsreduktion sondern gar zu einer Beschäftigungssteigerung führt. Auf der Grundlage einer ontologischen Alternative zum neoklassischen Marktmodell, z.B. der postkeynesianischen Nominalverpflichtungsökonomie, ließe sich die allokativer Steuerungs-wirkung des Reallohnes sehr viel grundsätzlicher bestreiten, indem die Beschäftigungsbestimmung von einer Vielzahl von Kosten- und Nachfragefaktoren abhängig gemacht wird, die pari passu das Beschäftigungsvolumen und den Reallohn endogen bestimmen und letzterem damit den instrumentellen Steuerungscharakter nimmt (Heise 2010: 250ff.). Mindestlöhne wirken sich dann auf die Lohnstruktur und die Einkommensverteilung aus, aber nicht notwendiger- und eindeutigerweise auf das Beschäftigungsvolumen. Welcher dieser konkurrierenden Erklärungsansätze letztlich der ‚Wahrheit‘ am nächsten kommt, wissen wir nicht – die empirische Evidenz spricht zwar nicht eben für den neoklassischen Ansatz, aber auch der Nachweis überwiegend monopsonistischer Arbeitsmärkte ist noch nicht überzeugend geführt worden und dennoch spricht dies alles nicht zweifelsfrei für die Überlegenheit des postkeynesianischen Erklärungsansatzes. Im Rahmen des hier befürworteten Pluralismus kann es aber eben gerade nicht darum gehen, die eine ‚richtige‘ Wirtschaftspolitik zu bestimmen, sondern die Konkurrenz alternativer Vorschläge und Argumentationszusammenhänge zu ermöglichen.

Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Ökonomik als plurale Sozialwissenschaft und die institutionelle Gewährleistung, dass diese Pluralität im Lehr- und Forschungsbetrieb deutscher Universitäten auch abgebildet wird. Dazu müssen alle ökonomischen Paradigmen, die sich den Anforderungen an deduktive Stringenz und empirische Überprüfung stellen, mit ökonomischem (sprich: Professuren, Mitarbeitern, Zugang zu öffentlichen Fördermitteln, etc.), sozialem (sprich: unkompromittierter Zugang zu den Fachjournalen und –organisationen der Disziplin) und symbolisch-institutionellem Kapital (sprich: wissenschaftlichen Ehrungen,

Mitgliedschaften in Beiräten oder dem SVR, etc.) ausgestattet werden. Die Entwicklung der Disziplin weist während der letzten 2 – 3 Dekaden in genau die entgegengesetzte Richtung.

Rudolf Hickel hat sich in den letzten (über) 45 Jahren nicht nur um die Formulierung, Verteidigung und mediale Verbreitung alternativer Wirtschaftspolitik verdient gemacht, er hat auch seinen Anteil an der temporären Pluralisierung der Ökonomik in Deutschland – ich würde nur zu gerne mit einem positiven Ausblick auf die weitere plurale Entwicklung von ökonomischer Forschung, Lehre und Politikberatung schließen, doch leider gibt es nur allzu wenige hoffnungsvolle Zeichen in diese Richtung.

Literatur

- Arnold, L. (2010); Unabhängige Wirtschaftspolitik. Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen, Wiesbaden
- Baisch, H. et al. (1977); Die Wirtschaftskrise in der BRD - Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des SVR zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Leviathan, Heft 2, S. 157 - 209
- Brozus, L., Geden, O. (2017); Experten, Politik und Populismus; in: Wirtschaftsdienst, 97. Jg., H. 4, S. 239 – 242
- Frey, B.S., Humbert, S., Schneider, F. (2007); Was denken deutsche Ökonomen? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 8, No.4, S. 359 - 377
- Gellner, W. (1995); Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen
- Heise, A. (2005); German Social Democratic Economic Politics in the Light of Agenda Theory; in: Intervention, Vol.2, H. 2, S. 131 – 151
- Heise, A. (2008); Karl Schillers ‚verspäteter‘ Keynesianismus; in: Berliner Debatte Initial, 19. Jg. H.1/2, S. 130 - 143
- Heise, A.; (2010); Einführung in die Wirtschaftspolitik, Münster
- Heise, A. (2017); Defining economic pluralism: ethical norm or scientific imperative; in: International Journal for Pluralism and Economic Education, Vol. 8, No.1, S. 18 – 41
- Heise, A. et al. (2015); ÖkonomInnen und Ökonomie. Eine wissenschaftssoziologische Entwicklungsanalyse zum Verhältnis von ÖkonomInnen und Ökonomie im deutschsprachigen Raum ab 1945, Hamburg und Linz (Manuskript)
- Heise, A., Sander, H., Thieme, S. (2017); Das Ende der Heterodoxie? Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland, Wiesbaden
- Hickel, R. (1980); Notwendigkeiten und Möglichkeiten ‚Alternativer Wirtschaftspolitik‘; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31.Jg , H. 2, S. 116 - 130
- Kampe, D.(1983); ‚Fünf Weise‘ in der Wirtschaft – Sachverstand live erlebt; in: Hickel, R., Mattfeldt, H. (Hrsg.); Millionen Arbeitslose! Streitschrift gegen den Rat der Fünf Weisen. Eine Bilanz nach zwanzig Jahren, Reibeck b. Hamburg
- Keynes, J.M. (1930); Economic Possibilities for our Grandchildren; in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. IX: Essays in Persuasion, London 1972, S. 321 - 332
- Keynes, J.M. (1936); Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses, London
- Meißner, W., Heise, A. (1995); Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB

Heise: Wirtschaftspolitischer Diskurs ohne Alternativen

(WSI); in: Schlecht, O., van Suntum, U. (Hrsg.); 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld, S. 65 – 68

Potrafke, N.; Minority Positions in the German Council of Economic Experts: A Political Economic Analysis, in: European Journal of Political Economy, 31. Jg., 2013, S. 180-187

Robinson, J. (1972); The second crisis of economic theory; in: American Economic Review, Vol. 62, No.1/2, S. 1 - 10

Sachverständigenrat (2013); Jahresgutachten 2013/14: Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Wiesbaden

von der Vring, T. (1970); Die kritische Universität ist Partei; in: Die Zeit v. 10. Juli 1970

von der Vring, T. (1975); Hochschulreform in Bremen, Frankfurt/Köln

